

#PRESSEMITTEILUNG 25. April 2016

EVG fordert gesamthafte Sicherheitskonzept für alle Beschäftigten bei Bus und Bahn

Der stellvertretende Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Klaus-Dieter Hommel, hat ein bundesweit einheitliches Konzept gegen die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte in den Verkehrsbetrieben gefordert. "Der heute vorgelegte Sicherheitsbericht der DB AG zeichnet ein Bild der Aggressionen allein in einem Unternehmen, was wir brauchen ist aber eine Gesamtübersicht und entsprechende gesamthafte Lösungen", machte der EVG-Vize deutlich.

Der stellvertretende Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Klaus-Dieter Hommel, hat ein bundesweit einheitliches Konzept gegen die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte in den Verkehrsbetrieben gefordert. "Der heute vorgelegte Sicherheitsbericht der DB AG zeichnet ein Bild der Aggressionen allein in einem Unternehmen, was wir brauchen ist aber eine Gesamtübersicht und entsprechende gesamthafte Lösungen", machte der EVG-Vize deutlich.

Nicht nur bei der Deutschen Bahn, auch bei vielen privaten Bahnunternehmen käme es zu Übergriffen gegen Zugbegleiter und Lokführer. Zudem seien auch Busfahrer betroffen, Servicemitarbeiter und insbesondere Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich Sicherheit. "Es ist nicht zielführend, wenn jedes Unternehmen für sich die Sachlage analysiert und nach Wegen aus dieser Misere sucht, wir müssen uns jetzt alle gemeinsam an einen Tisch setzen und praktikable Wege aufzeigen", forderte Hommel.

An einem solchen Runden Tisch müssten neben den Eisenbahnverkehrsunternehmen auch Fahrgastverbände und die Polizei teilnehmen. "Letztlich brauchen wir auch die Politik und die Verkehrsverbände, sind sie es doch, die in den Ausschreibungen von Nahverkehrsleistungen festlegen, ob und wie viele Zugbegleiter und Sicherheitskräfte auf den Zügen mitfahren", machte der EVG-Vize deutlich.

Hommel verwies darauf, dass die EVG schon mehrfach mit Fragebogenaktionen die Ängste der Kolleginnen und Kollegen aufgenommen habe und mit Notfallkarten oder Betriebsvereinbarungen Verbesserungen für die Beschäftigten erreicht hätte. „Da sich die Situation aber offensichtlich weiter verschärft, sind die Eisenbahn- und Busunternehmen in unserem Organisationsbereich in der Pflicht, endlich zielführende Gespräche mit uns aufzunehmen und passende Sicherungsmodell zu entwickeln – schon allein um ihrer sozialen Verantwortung als Arbeitgeber gerecht zu werden“, so der EVG-Vize. Entsprechende Vorstöße der EVG habe es in der Vergangenheit mehrfach gegeben.